

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
14.07.2021
Ausschussbetreuender Fachbereich
Ratsbüro
Schriftführung
Saskia Anger
Telefon-Nr.
02202-142237

Niederschrift

Hauptausschuss
Sitzung am Dienstag, 08.12.2020

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 19:43 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

19:05 – 19:15 Uhr

Sitzungsteilnehmer
Siehe Protokollierung unter TOP Ö1

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Bestellung einer Schriftführerin und eines stellvertretenden Schriftführers für den Hauptausschuss**
0500/2020
- 3 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 27.08.2020 - öffentlicher Teil**
0400/2020
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6 Wahl einer stellvertretenden Vorsitzenden/eines stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses**
0499/2020

- 7** **Vorstellung der E-Government-Strategie**
0521/2020

- 8** **Anträge der Fraktionen**

- 8.1** **Antrag der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 07.11.2020 (eingegangen am 09.11.2020) "Übertragung der Ratssitzungen im Livestream"**
0486/2020

- 8.2** **Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 24.11.2020 (eingegangen am 25.11.2020): "Antrag für die digitale Ratsarbeit"**
0542/2020

- 9** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Stein eröffnet um 17:00 Uhr die 1. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Bergisch Gladbach in der zehnten Wahlperiode und stellt fest, dass der Hauptausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen worden und beschlussfähig sei.

Für die Sitzung hätte sich Herr Dr. Nuding (Fraktion Freie Wählergemeinschaft), welcher durch Herrn Röhr vertreten würde, entschuldigt. Herr Orth nimmt ab 17.02 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö1) und Herr Samirae nimmt ab 17.13 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö1) teil.

An der 1. Sitzung des Hauptausschusses haben teilgenommen:

Maik Außendorf (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Dr. Friedrich Bacmeister (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Bischoff (CDU-Fraktion)
Christian Buchen (CDU-Fraktion)
Hans Josef Haasbach (CDU-Fraktion)
Harald Henkel (CDU-Fraktion)
David Kirch (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Corvin Kochan (SPD-Fraktion)
Jörg Krell (FDP-Fraktion)
Christine Mehls (SPD-Fraktion)
Theresia Meinhardt (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Dr. Michael Metten (CDU-Fraktion)
Klaus Orth (SPD-Fraktion)
Rainer Röhr (Fraktion Freie Wählergemeinschaft)
Frank Samirae (Fraktion Bürgerpartei GL)
Lutz Schade (CDU-Fraktion)
Anna Maria Scheerer (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Fabian Theodor Schütz (AfD-Fraktion)
Dr. Tino Symanzik (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Klaus Waldschmidt (SPD-Fraktion)
Josef Willnecker (CDU-Fraktion)

Vonseiten der Verwaltung haben teilgenommen:

Frank Stein (Bürgermeister)
Harald Flügge (Erster Beigeordneter/Technischer Beigeordneter)
Michael Möller (Leiter Fachbereich 1)
Marcel Böttcher (FB 1-2)
Alexander Woywode (VV II-4)
Christian Ruhe (BM-14)
Saskia Anger (BM-14)
Michelle Polte (BM-14)

Herr Stein weist daraufhin, dass sich aus der derzeitigen Coronaschutzverordnung eine Verpflichtung ergebe, auch in Sitzungen des Rates und seiner Gremien dauerhaft einen Mund-Nase-Schutz zu tragen. Das Sitzungshygienekonzept sehe dies ohnehin vor. Desweiteren habe er für den Ratsaal Bensberg ein verpflichtendes Tragen von FFP2 -Masken festgelegt.

Herr Schade regt an, dass man möglichst viele Ausschusssitzungen in den Bergischen Löwen verlegen sollte, da dort die Möglichkeiten der Lüftung besser wären.

Herr Stein antwortet, dass der Bergische Löwe für jede Sitzung bezahlt werden müsse und zu den entsprechenden Daten auch belegbar sein sollte. Er werde dies klären und in der nächsten Fraktionssitzung die Möglichkeiten mitteilen.

Herr Dr. Metten betont, es sei sehr verantwortungslos nicht von der rechtlichen Möglichkeit Gebrauch zu machen, dass man statt dem Rat den Hauptausschuss tagen lasse. Man sei von der Bundes- und Landesregierung aufgefordert worden Kontakte zu reduzieren und vermutlich werde es noch vor Weihnachten stärkere Beschränkungen geben. Vor allem müsse man hier die hohe Zahl an Toten, die Pflegekräfte in Krankenhäusern und die Menschen, die existenzielle Ängste hätten bedenken. Da sollte der Rat mit einem guten Beispiel voran gehen und soweit es gehe auf Präsenzsitzungen verzichten. Die Abstimmung über die Delegation auf den Hauptausschuss sei von den Fristen her sehr knapp gewesen. An dieser Stelle appelliere er an alle Fraktionen des Rates, dass man nun die Verantwortung übernehmen müsse, die von allen Bürgerinnen und Bürgern erwartet werde.

Herr Stein antwortet, die von Herr Dr. Metten angesprochene Frist sei in dem Sinne keine Deadline für eine Stimmabgabe gewesen. Weiterhin gebe es die Möglichkeit die Stimme dafür abzugeben, dass am 15.12.2020 der Hauptausschuss an Stelle des Rates tage. Bisher seien 26 Stimmen für die Delegation eingegangen, aber um die Delegation zu ermöglichen müssten insgesamt 38 Stimmen eingehen. Herr Stein sei der Letzte, der aufgrund von zu kurzen Fristen eine Delegation auf den Hauptausschuss verhindern wolle.

Herr Krell äußert, er schließe sich den Aussagen von Herrn Dr. Metten an. Er bitte die Verwaltung, genau darüber nachzudenken an welcher Stelle man auf eine Präsenzveranstaltung verzichten könne und stattdessen ein Online-Meeting stattfinden lassen könne. Desweiteren sollte man alle technischen Möglichkeiten nutzen. Beispielsweise frage er sich, warum im Ratssaal Bensberg keine Luftfilteranlagen stünden und warum man nicht direkt in den Bergischen Löwen gegangen sei. Man trage hier eine Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie der gesamten Gesellschaft. Bezüglich der Abstimmung über die Delegation sei etwas schiefgelaufen, denn er habe von anderen Ratsmitgliedern sogar erfahren, dass diese nicht mal einen Stimmzettel erhalten hätten.

Herr Ruhe führt an, dass man vor ein paar Wochen mit allen Fraktionsvorsitzenden gesprochen habe wie man mit dieser epidemischen Lage umgehe. Das einvernehmliche Votum sei damals gewesen, dass die Möglichkeit auf den Hauptausschuss zu delegieren bis zur damals befristeten epidemischen Lage genutzt werden solle. Dies sei der 30.11.2020 gewesen. Er habe ausdrücklich betont, dass mit einer Verlängerung der epidemischen Lage über den 30.11.2020 hinaus zu rechnen sei. Im Rat am 10.11.2020 sei dann beschlossen worden, die Möglichkeit der Delegation bis zum 30.11.2020 befristet zu nutzen. Seitdem habe er, bis Herr Dr. Metten in den letzten Tagen den entsprechenden Antrag gestellt habe, keine Hinweise aus den Fraktionen gehört, dass die Möglichkeit der Delegation länger genutzt werden sollte. Er bitte um Verständnis, dass die Entscheidung über eine Delegation auf den Hauptausschuss nur aufgrund von politischen Vorgaben getroffen werden könne.

Herr Stein äußert, dass er die Aussagen von Herrn Ruhe bekräftigen könne. Herr Ruhe habe sich so verhalten, wie es vereinbart gewesen sei. Dies ändere nichts an der epidemischen Lage und wie er bereits gesagt habe bestünde weiterhin die Möglichkeit über eine Delegation abzustimmen.

Herr Krell antwortet, dass seine Äußerungen keine Vorwürfe seien. Es sei eine Bitte alles zu tun, was in die Richtung gehe die er gerade beschrieben habe. Von der Entwicklung der epidemischen Lage seien alle ein wenig überrascht und man werde nun gezwungen gewisse Schritte zu gehen.

Herr Ruhe ergänzt, dass die CDU-Fraktion einen Antrag eingereicht habe, dass das Umfrageverfahren über eine Delegation auf den Hauptausschuss von der Verwaltung

unverzögerlich im Falle einer Verlängerung der epidemischen Lage erneut durchgeführt werde. Allerdings seien dafür nach wie vor 38 Stimmen notwendig. Ansonsten müsse der Rat tagen.

Herr Buchen erläutert, er habe die von Herrn Dr. Metten angesprochene Frist bezüglich des Umfrageverfahrens über eine Delegierung ebenfalls nicht als Deadline angesehen. In der heutigen Sitzung seien alle Fraktionsvorsitzenden anwesend und könnten diese Information entsprechend an alle Fraktionsmitglieder weitergeben. Es sei im Übrigen zu erwarten, dass Deutschland in der kommenden Woche einen harten Lockdown beschließe, was man in die Entscheidung über eine Delegierung mit einbeziehen sollte. Selbst wenn nur der Hauptausschuss anstelle des Rates tage, seien dies einige Personen die in Präsenz aufeinandertreffen würden.

Herr Waldschmidt antwortet, er werde diese Information an seine Fraktionsmitglieder mitnehmen. In seiner Fraktion gebe es über die Delegierung unterschiedliche Sichtweisen. Bei einigen stünden die gesundheitlichen Bedenken an erster Stelle, aber ein Teil der Fraktionsmitglieder wolle auch die politisch-rechtlichen Ansprüche durchsetzen und im Rat mitentscheiden. In der kommenden Sitzung stehe die wichtige Entscheidung über die Besetzung der Stellen der Beigeordneten an. Dabei sollte man den Fraktionsmitgliedern die Wahl lassen ob sie darüber persönlich mitentscheiden und diskutieren wollen würden.

Frau Mehls betont, dass sie den Antrag der CDU unterstütze, da die pandemische Lage sehr kritisch sei. Sie appelliere an die Ratsmitglieder, dass die Sitzung möglichst kurzgehalten werden solle.

Herr Außendorf führt an, er könne sich der Meinung von Herrn Waldschmidt anschließen. Es müssten beide Sichtweisen der Ratsmitglieder respektiert werden. Er schlage allerdings vor, dass zwischen den Fraktionen Absprachen darüber getroffen werden könnten, dass ein Teil der Ratsmitglieder nicht teilnehmen müsse soweit trotzdem die Abstimmungsverhältnisse gewahrt würden. Er gehe davon aus, dass der Rat kollegial genug sei und keiner diese Situation entsprechend ausnutzen würde.

Herr Waldschmidt äußert, dass er sich ausdrücklich an solche Absprachen halten würde und dies gerne diskutiert werden könne.

Herr Stein schlägt vor, dass den Fraktionsvorsitzenden am 10.12.2020 nachmittags eine Information über die abgegebenen Stimmen im Umfrageverfahren mitgeteilt werde. Sollte das Quorum für eine Sitzung des Hauptausschusses anstelle des Rates nicht erreicht sein, wäre noch genügend Zeit über Herrn Außendorfs Vorschlag zu sprechen. Herr Stein begrüße diesen Vorschlag sehr und könne für diese Absprachen auch Unterstützung seinerseits anbieten. Er führt an, dass er noch nicht mit der Eröffnung der Sitzung des Hauptausschusses fertig gewesen sei. Dahingehend erläutert er, dass in der heutigen Sitzung nur die Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung anwesend seien, die konkrete Vorlagen zu vertreten hätten. Es sei in der Verwaltungskonferenz vereinbart worden, dass die leitenden Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter nur an den Sitzungen teilnehmen, wenn dies aus Gründen der Beratungsinhalte und Vorlagen notwendig sei. Aufgrund der epidemischen Lage würde außerdem auf das unterzeichnen des Teilnahmeverzeichnis verzichtet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer würden in der Niederschrift aufgeführt.

Als Unterlagen der Sitzung benennt Herr Bürgermeister Stein:

Die Einladung vom 24.11.2020 mit der Anlage zur Tagesordnung und den dazugehörigen Vorlagen sowie als Tischvorlage:

ein gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 24.11.2020 (eingegangen am 25.11.2020): „Antrag für die digitale Ratsarbeit“ (Vorlage Nr. 0542/2020).

Er erläutert, dass die antragstellenden Fraktionen vorschlagen, die Tagesordnung der heutigen Sitzungen aus Gründen äußerster Dringlichkeit um den Antrag als Tagesordnungspunkt Ö 8.2 zu erweitern.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich gegen die AfD folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 08.12.2020 wird wegen äußerster Dringlichkeit um den Tagesordnungspunkt Ö 8.2 – gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 24.11.2020 (eingegangen am 25.11.2020): „Antrag für die digitale Ratsarbeit“ (Vorlage Nr. 0542/2020) – erweitert.

Herr Dr. Metten erläutert, dass ihm in der Tagesordnung über die heutige Sitzung die Vorstellung der Kandidaten für die zu besetzenden Stellen der Beigeordneten VVI und VVIII fehle. Am 04.12.2020 hätten die Fraktionsvorsitzenden verschiedene Bewerbungsunterlagen der Kandidaten zugeleitet bekommen, aber es habe ein erkennbarer Beschlussvorschlag gefehlt. Für die Stelle des Beigeordneten VV I sei relativ eindeutig auf welchen Kandidaten es hinauslaufen sollte. Allerdings sei dies bei den Bewerbungen auf die Stelle des Beigeordneten VV III nicht ersichtlich, da hier ein Bewerber aus über zehn gewählt werden müsse. Die CDU-Fraktion könne nicht erkennen wohin die Gestaltungsmehrheit des Rates bei dieser Stellenbesetzung tendiere. Man müsse sich darüber bewusst sein, dass man zwei Spitzenbeamte für acht Jahre wähle. Er halte es für rechtlich bedenklich und absolut unangemessen, dass man nicht die Möglichkeit bekomme diese Kandidaten vor der Wahl kennenzulernen. In der Vergangenheit habe man dieses Thema anders gehandhabt, was man auch in der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 30.06.2016 in Tagesordnungspunkt Ö9 nachlesen könne. Die CDU-Fraktion sei der Auffassung, dass es bei der Besetzung der Stelle des Beigeordneten VV III aufgrund der Vielzahl der Kandidaten rechtliche Bedenken gebe, was im Übrigen die Kommunalaufsicht ebenfalls so sehe. Die CDU-Fraktion werde einen Vertagungsantrag stellen und beweisen, bezogen auf die Rechtsprechung des OVG Münster vom 05.02.2002, dass diese Entscheidung über die Stellenbesetzung am 10.12.2020 aufgrund von nicht eingehaltenen Fristen rechtswidrig sei.

Herr Stein antwortet, dass das angestrebte Besetzungsverfahren den Beschlüssen aus der konstituierenden Sitzung des Rates vom 10.11.2020 entspreche. Er sehe keine Aspekte, dass hier die rechtliche Zulässigkeit und Rechtmäßigkeit des Verfahrens berührt werde. Da der Vorgang der Wahl der Beigeordneten ohnehin mit der Kommunalaufsicht abzustimmen sei und deren Zustimmung bedarf, habe die Kommunalaufsicht ohnehin die Möglichkeit die Stadt auf rechtliche Bedenken hinzuweisen. Er gehe allerdings davon aus, dass dieser Fall nicht eintreten werde.

Herr Röhr führt an, dass er sich der Meinung von Herr Dr. Metten anschließe. Man habe sehr kurzfristig die Vorschläge für die Beigeordneten erhalten und habe nun kaum noch eine Möglichkeit der Anhörung. Er könne nicht verstehen, warum die Wahl der Beigeordneten so eilig sei und nicht erst in der kommenden Sitzung des Rates durchgeführt werden könne.

Herr Samirae äußert, dass sich die Fraktion BÜRGERPARTEI GL ebenfalls über frühere Informationen gefreut hätte. Die Problematik der Stellenbesetzung des Beigeordneten VV III sei, dass man aus den Unterlagen nicht erkennen könne auf wen die Wahl fallen solle. Es wäre vorteilhaft, wenn sich im Rat die Kandidaten vorstellen könnten. Falls dies bis zur kommenden Sitzung am 10.12.2020 nicht möglich sei, könne man darüber nachdenken eine Sondersitzung des Rates einzuberufen.

Herr Außendorf erläutert, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN am heutigen Tage darüber informiert habe auf welchen Kandidaten die Wahl fallen solle. Dieser stünde auch für kurzfristige Gespräche bereit.

Herr Dr. Metten antwortet, dass dieser Zeitplan sehr kurzfristig sei und in der Vergangenheit ein größerer Spielraum an Zeit vorhanden gewesen sei. Er halte es für kompliziert eine Entscheidung über einen Kandidaten zu treffen, welchen er nicht kenne. Es seien viele unterschiedliche

Bewerbungen und die CDU-Fraktion könne sich bei vier Kandidaten vorstellen, dass das Ampelbündnis diese wählen wolle.

Herr Krell führt an, dass er die Kritik von Herrn Dr. Metten nicht nachvollziehen könne. In der Vergangenheit hätten die entsprechenden Fraktionen mit Vorschlagsrecht den anderen diese Vorschläge mitgeteilt und dann sei Zeit gewesen sich diese Vorschläge genauer anzuschauen. Die gleiche Möglichkeit bestünde nun auch. Außerdem habe die CDU-Fraktion in der Vergangenheit ebenfalls sehr knappe Zeitpläne vorgeschrieben. Desweiteren gehe es hier um Personalangelegenheiten und man könne sich nicht 14 Bewerberinnen und Bewerber im Rat ansehen, um dann zu entscheiden wer besser geeignet sei.

Herr Buchen antwortet, genau dies sei die Kritik von Herrn Dr. Metten. Es gebe insgesamt für die beiden Beigeordnetenstellen 17 Bewerberinnen und Bewerber und in der Vergangenheit sei es selbstverständlich gewesen, dass den Ratsmitgliedern mehr als sechs Werktage Zeit gegeben worden sei, um sich mit diesem Bewerberfeld zu befassen. Man habe außerdem immer die Zeit gehabt innerhalb von den Ladungsfristen der Fraktionen die entsprechenden Kandidaten kennenzulernen.

Herr Haasbach äußert, dass er den Äußerungen von Herrn Krell widerspreche. Außerdem fragt er an, ob es korrekt sei, dass für die Beigeordnetenstelle VV I nur drei Bewerbungen eingegangen seien von denen zwei nicht geeignet seien. Zudem wolle er anmerken, dass es richtig sei, dass die CDU-Fraktion die entsprechenden Unterlagen per Mail erhalten habe und es nun ohne Probleme möglich sei diese weiterzuleiten bezüglich des eben angerissenen Themas der Vertraulichkeit.

Herr Stein äußert, er könne beide Fragen von Herrn Haasbach mit „Ja“ beantworten. Die Übersendung per Mail ändere nichts daran, dass die Unterlagen vertraulich zu behandeln seien.

Herr Samirae merkt an, dass er Herrn Haasbach so verstanden habe, dass er mit Vertraulichkeit die Unverschlüsselung der Mail gemeint habe. Dies bedeute, dass wenn eine Mail von einer Adresse an eine andere gesendet werde, dann könnten diese auf dem Weg von jedem Server gelesen werden. Daher empfehle er es künftig vertrauliche Mails vorher zu verschlüsseln.

2. **Bestellung einer Schriftführerin und eines stellvertretenden Schriftführers für den Hauptausschuss**
0500/2020

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Hauptausschuss bestellt Frau Stadtinspektorin Saskia Anger zur Schriftführerin und Herrn Stadtverwaltungsrat Christian Ruhe zum stellvertretenden Schriftführer für den Hauptausschuss.

3. **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

Herr Stein stellt fest, ihm lägen keine schriftlichen Einwendungen vor; mündliche Einwendungen würden ebenfalls nicht erhoben.

Damit gelte die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 27.08.2020 – öffentlicher Teil – als genehmigt.

4. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 27.08.2020 - öffentlicher Teil**
0400/2020

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung über die Vorstellung des Klimaschutzbeauftragten der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Stein erläutert, er freue sich sehr nun den neuen Klimaschutzbeauftragten, Herrn Woywode, für die Stadt Bergisch Gladbach vorstellen zu können. Er bittet Herrn Woywode sich nun dem Hauptausschuss kurz vorzustellen und einen Einblick in seine Arbeit der nächsten Monate zu geben.

Herr Woywode führt an, dass er nun seit zwei Monaten der Klimaschutzmanager der Stadt Bergisch Gladbach sei. Er sei im Bergischen Land aufgewachsen und habe an der RWTH in Aachen Georessourcenmanagement studiert. Er habe bereits dreieinhalb Jahre bei der Stadt Burgdorf als Klimaschutzmanager gearbeitet und sei nun sehr froh darüber wieder in seiner Heimat zu sein. Im letzten Jahr habe man die zwei großen Beschlüsse gefasst, dass ein Klimaschutzkonzept geprüft werden solle und dass der climate emergency ausgerufen werde. Diese zwei Beschlüsse umzusetzen seien momentan seine Hauptaufgaben. Zudem habe er bereits mit vielen externen Kommunen kommuniziert, damit er die Klimaschutzlandschaft hier kennenlernen könne.

Herr Stein bedankt sich bei Herrn Woywode und äußert, dass man im ersten Quartal des kommenden Jahres auf die Politik mit dem Thema Klimaschutzkonzept mit konkreten Vorschlägen zugehen werde, damit zügig in die Umsetzung der Beschlüsse eingestiegen werden könne.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung über die Vorstellung des Klimaschutzbeauftragten der Stadt Bergisch Gladbach zur Kenntnis.

6. Wahl einer stellvertretenden Vorsitzenden/eines stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses

0499/2020

Herr Stein erklärt, dass gemäß § 57 Absatz 3 Satz 1 GO NRW der Bürgermeister den Vorsitz des Hauptausschusses führe. Der Hauptausschuss habe gemäß § 57 Absatz 3 Satz 3 GO NRW aus seiner Mitte einen oder mehrere Vertreter des Vorsitzenden zu wählen. Für die Wahl gelte das Mehrheitswahlrecht. Er führt an, dass der Rat in seiner konstituierenden Sitzung am 10.11.2020 einstimmig beschlossen habe, je Ausschuss einen stellvertretenden Vorsitz zu wählen und sofern sich nun kein Widerspruch erhebe schlage er vor für den Hauptausschuss entsprechend zu verfahren.

Es erhebt sich kein Widerspruch vonseiten der Mitglieder des Hauptausschusses.

Herr Stein äußert, die Wahlen würden soweit niemand widerspreche durch offene Abstimmung vollzogen. Gewählt sei die vorgeschlagene Person, die mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten habe. Sei dies nicht der Fall, gebe es eine Stichwahl.

Sodann bittet Herr Stein die Fraktionen darum, ihre Vorschläge vorzutragen.

Herr Waldschmidt führt an, dass er Herrn Außendorf vorschlage.

Herr Stein stellt fest, dass es keine weiteren Vorschläge gebe.

Herr Schütz äußert, dass er eine geheime Abstimmung beantrage.

Herr Stein bittet um Vorschläge für die Besetzung einer Zählkommission.

Herr Waldschmidt schlägt für die SPD-Fraktion Herrn Kochan als Stimmzähler vor, Herr Dr. Metten schlägt als Stimmzählerin für die CDU-Fraktion Frau Bischoff vor.

Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Es werden 22 Stimmzettel abgegeben, die sämtlich gültig sind.

Mit Ja gestimmt haben 17 Mitglieder des Ausschusses, mit Nein haben vier Mitglieder des Ausschusses gestimmt und es gebe eine Enthaltung.

Der Hauptausschuss trifft damit mehrheitlich folgenden **Wahl**:

**Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses wird gewählt:
Herr Maik Außendorf**

7. Vorstellung der E-Government-Strategie *0521/2020*

Herr Stein führt an, dass er zu diesem Tagesordnungspunkt nicht nur Herrn Möller, unter dessen Zuständigkeit das Thema Digitalisierung gestaltet werde und den Digitalisierungsbeauftragten Herrn Böttcher begrüße, sondern auch Frau Henrichs und Herrn Winter von der Partnerschaft Deutschland – Berater der öffentlichen Hand GmbH, um die mit der Vorlage angekündigte Präsentation hier vorzustellen. Dadurch solle dem Hauptausschuss ein Eindruck vermittelt bzw. die Grundgedanken erläutert werden, wie die Stadt den Weg in die Zukunft des E-Government gestalten wolle. Er bitte dann Frau Henrichs und Herrn Winter darum ihren Vortrag jetzt hier einzubringen.

Frau Henrichs und Herr Winter stellen den Vortrag zum Thema Digitalisierung vor. Dieser ist der Einladung über die Sitzung des Rates vom 15.12.2020 beigelegt.

Herr Dr. Bacmeister führt an, dass er sich für diesen wichtigen Vortrag bedanke, da die Stadt Bergisch Gladbach in der Liste vergleichbarer Städte an letzter oder vorletzter Stelle zum Thema Digitalisierung stünde. Innerhalb des Vortrages sei darauf hingewiesen worden, dass für diesen großen Veränderungsprozess der Verwaltung viele Projektoren innerhalb der Verwaltung benötigt würden. Von daher frage er sich, warum Frau Henrichs und Herr Winter den Vortrag ohne die entsprechende Projektgruppe und ohne den CDO der Stadt Bergisch Gladbach gehalten hätten. Er hätte sich an dieser Stelle das Engagement der Verwaltung gewünscht. Wenn nicht ein großer Teil des Projektes intern geleistet werde, sei dieses von Beginn an zum Scheitern verurteilt.

Herr Stein antwortet, dass nun alle Anregungen und Fragen der Ausschussmitglieder gesammelt würden und im Anschluss werde man darauf antworten.

Herr Waldschmidt führt an, dass man bei dem vorgetragenen Onlinezugangsgesetz darauf achten müsse, dass keine Zwei-Klassen-Gesellschaft geschaffen werde. Durch die Onlinezugänge sei in Zukunft der persönliche Kontakt zur Verwaltung in der Regel nicht mehr so intensiv und es gebe viele Menschen, die komplizierte Verwaltungsvorgänge online vermutlich nicht verstehen würden. Diese Menschen dürfe man nicht vom entsprechenden Verwaltungshandeln ausschließen. Daher frage er an, ob es Wege gebe wie man an dieser Stelle handeln könne.

Frau Mehls äußert, dass sie es für sehr wichtig halte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Change Management Prozess mitzunehmen und für eine transparente Kommunikation zu sorgen. Außerdem sei in dem Vortrag häufig von moderner Raumnutzung gesprochen worden und sie frage sich was dies genau zu bedeuten habe.

Herr Buchen äußert, dass er die Präsentation und das dargestellte Vorgehen sehr gut finde. Auf Folie 33 sei beschrieben worden, dass für dieses Vorhaben strategische Steuerungskompetenzen, ein Projektcontrolling, eine hausweite Projektkultur und Kommunikationsmanagement benötigt würden. Einige der genannten Dinge könne man extern einkaufen, aber beispielsweise die hausweite Projektkultur müsse intern geschaffen werden. Er frage sich, wie es funktionieren werde, dass auch die internen Bausteine des Projektes erreicht würden. Zum Thema Programmsponsor betont er, dass der Rat definitiv die nötigen Ressourcen bereitstellen müsse,

damit das Projekt auch erfolgreich sei. Dahingehend fragt er, wie die Politik eingebunden werden könne, damit der Sponsorenauftrag umgesetzt werden könne.

Herr Stein antwortet, dass es bezüglich des Sponsorenauftrages eine Folgevorlage geben werde in welcher die entsprechenden Ressourcen dann dargestellt würden.

Frau Henrichs antwortet auf die Frage von Herrn Dr. Bacmeister, dass die Mitarbeitenden der Stadt zwar nicht in den heutigen Vortrag involviert gewesen seien, aber der gesamte Prozess beteiligungsorientiert abgelaufen sei. Man habe soweit es möglich gewesen sei alle Meinungen gehört und auch mit dem Verwaltungsvorstand und Fachbereichsleitern gesprochen. Außerdem hätten sogar Workshops für die Mitarbeitenden stattgefunden. Zum Thema digitale Kompetenz habe man sich überlegt, dass es je nach Bedarf ein Schulungskonzept geben werde. An dieser Stelle sei man bereits im Austausch mit dem Personalbereich.

Herr Winter erläutert, dass die moderne Raumnutzung neue Arbeitsformen umfassen würde und man in Folge dieser Arbeitsformen Räume flexibler nutzen könnte.

Herr Möller äußert, dass es vorher so abgesprochen gewesen sei, dass die Verwaltung in dem heutigen Vortrag nicht direkt involviert sei. Wenn man alle Personen die in diesem Projekt involviert gewesen seien heute eingebunden hätte, hätte man vermutlich den Rahmen des Sitzungssaales gesprengt. Die Verwaltung habe an dem gesamten Prozess sehr viel mitgearbeitet. Bezogen auf Herrn Waldschmidts Frage erläutert Herr Möller, dass er es auch für relevant halte, dass die Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger da sei und nicht nur online zur Verfügung stünde. Dies bedeute, dass alle Dienste nicht nur digital, sondern auch weiterhin analog zur Verfügung stehen würden, wenn auch vielleicht nicht mehr in dem gleichen Umfang wie bisher.

Herr Buchen merkt an, dass seine Frage bezüglich der externen Einkäufe und internen Erledigungen noch nicht beantwortet worden sei. Er habe sich das Wort „kundenorientiert“ aufgeschrieben und sei der Auffassung, dass man die Bürgerinnen und Bürger wie Kunden behandeln sollte und diese ihre Dienstleistungen digital und analog erledigen könnten.

Frau Henrichs antwortet, es müsse zu Beginn gemeinsam überlegt werden welche Leistungen extern vergeben würden. Man müsse sich dafür die Umsetzungsroadmap genau ansehen und dann entscheiden an welcher Stelle es eine externe Vergabe geben solle.

Herr Dr. Bacmeister führt an, dass man bezüglich des Raumkonzeptes durch E-Akten und Homeoffice die Möglichkeiten habe Räume einzusparen. Momentan habe man in der Stadtverwaltung unter anderem das Problem, dass die Mitarbeitenden über verschiedene Standorte verteilt arbeiten würden. Er habe die Hoffnung, dass man durch das E-Government und E-Akten die Mitarbeitenden besser vernetzen könne als bisher und gleichzeitig der Raumbedarf sinke.

Frau Henrichs merkt an, dass Corona den Verwaltungen bezüglich der Digitalisierung einen großen Innovationsschub gegeben hätte. Selbst wenig innovative Kommunen hätten nun Mitarbeitende ins Homeoffice versetzt und es gebe sogar Studien darüber, dass im Homeoffice produktiver gearbeitet werde als im Büro. Grundsätzlich müsse man die Mitarbeitenden immer mit einbinden und nachfragen auf was diese sich einlassen würden und wie diese gerne arbeiten. Um auf die Anmerkung von Herrn Dr. Bacmeister einzugehen betont Frau Henrichs, dass das Homeoffice bezüglich des Raumkonzeptes neue Wege eröffnen könnte.

Herr Möller ergänzt, dass Anfang 2020 circa 200 bis 250 Mitarbeitende Homeoffice genutzt hätten. Coronabedingt seien mittlerweile sogar 600 Mitarbeitende im Homeoffice tätig. Dies bedeute, dass 60% der Mitarbeitenden den Gebrauch von Teleheimarbeit nutzen würden. Man habe bereits Umfragen durchgeführt, wie man die Teleheimarbeit auch noch weiter optimieren könnte.

Herr Außendorf fragt an, inwiefern sich durch die Digitalisierung Arbeitsabläufe ändern würden und ob dies auch Einfluss auf die Arbeitszeiten hätte. Eventuell könnten Mitarbeitende durch Zeitersparnisse noch mehr Aufgaben wahrnehmen wodurch Stellen eingespart würden.

Herr Winter antwortet, dass die Digitalisierung natürlich auch auf Effizienz abziele.

Frau Henrichs ergänzt, dass die Digitalisierung keine Arbeitsplätze einspare, sondern Prozesse verändern würde.

Herr Stein erläutert, die Stadt Bergisch Gladbach habe große Probleme damit Stellen zu besetzen und die Digitalisierung stelle ein Instrument dar, wie man auch in Zukunft Personal gewinnen könnte. Außerdem werde es durch die Digitalisierung ermöglicht die Arbeit durch das vorhandene Personal zu erledigen. Er sei der Auffassung, dass dadurch keine Arbeitsplätze gestrichen werden könnten.

Frau Bischoff fragt an, ob es eine bestimmte Systemstruktur gebe um die Digitalisierung umzusetzen und wie es mit den benötigten Endgeräten ausschaue. Außerdem frage sie an, wie die Politik mit eingebunden werde.

Frau Henrichs antwortet, dass zur Umsetzung der Digitalisierung die Umsetzungsroadmap diene. Zunächst müsse das vorgesehene System passend für die Stadt Bergisch Gladbach ausgeschrieben werden. Wenn dann die entsprechende Hardware feststünde, könne man die weiteren benötigten Mittel und auch Fortbildungen organisieren.

Herr Möller ergänzt, dass zunächst Prozesse in der Verwaltung optimiert werden müssten bevor diese automatisiert würden. Die vorgesehene Strategie werde mit der Politik gemeinsam abgestimmt.

Frau Mehls erläutert, dass es heutzutage bei der Digitalisierung nicht mehr um den Verlust von Arbeitsplätzen gehe, sondern um die Verdichtung von Arbeitsplätzen. Sie frage an, welche Schutzmechanismen beispielsweise im Sinne von Fortbildungen für Führungskräfte angestrebt würden.

Frau Henrichs antwortet, dass man dafür prüfen müsse welche Bedarfe bestünden. Man müsse bei jeder einzelnen Arbeitskraft schauen, wie es dieser ermöglicht werden könne mit der Digitalisierung zurecht zu kommen.

Herr Winter äußert, dass man vor allem darauf achten müsse die Mitarbeitenden richtig einzubinden.

Herr Krell führt an, dass er die Präsentation insgesamt überzeugend finde. Er rege an, für die Umsetzung der Digitalisierung einen politischen Lenkungskreis einzurichten. Dies könnte relevant sein für die Absprache über die Ressourcen und um den angesprochenen Kulturwandel unterstützen. Außerdem sollte man die Digitalisierung zügig voranbringen, damit die Arbeitgeberattraktivität gesteigert werden könne.

Herr Stein unterbricht die Sitzung des Hauptausschusses von 19.05 Uhr bis 19.15 Uhr.

8. Anträge der Fraktionen

8.1. Antrag der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 07.11.2020 (eingegangen am 09.11.2020) "Übertragung der Ratssitzungen im Livestream" *0486/2020*

Herr Stein erläutert bezüglich des Antrages, dass die Verwaltung, aufgrund der personellen Veränderung der Besetzung des Rates durch die Kommunalwahl, vorschlage zunächst zu diesem Thema ein aktuelles Meinungsbild einzuholen und im Nachgang an das Ratsbüro zu übermitteln.

Die Verwaltung werde diese Meinungsbilder zusammenstellen und dem Hauptausschuss sowie dem Rat vorlegen. Sofern der Rat diesem Vorschlag folgen wolle, sollte der Antrag bis zum Vorliegen der von den Fraktionen eingeholten Meinungsbilder vertagt werden.

Herr Samirae betont, dass das Thema der Übertragung der Ratssitzungen im Livestream schon länger aufkomme und er würde sich freuen, wenn es hierzu ein positives Meinungsbild im neuen Rat geben würde.

Herr Außendorf führt an, dass in der gestrigen Fraktionssitzung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN das Meinungsbild eingeholt worden sei und es keine Widersprüche gegeben hätte. Vonseiten seiner Fraktion sei mit einer Enthaltung zu rechnen.

Herr Krell äußert, die FDP-Fraktion stimme der Livestreamübertragung zu 100% zu.

Herr Buchen äußert, dass es von einem Großteil der CDU-Fraktion ebenfalls ein positives Votum gebe zu diesem Thema. Allerdings müsse man vorab alle rechtlichen Fragen klären, damit die Übertragung nicht chaotische ende. Ansonsten sei die Übertragung der Ratssitzungen im Livestream ein großer Bestandteil für eine transparente Stadtverwaltung.

Herr Schütz äußert, dass die AfD-Fraktion den Antrag ebenfalls unterstütze.

Herr Kochan äußert, dass der Einwand bezüglich der Abklärung von rechtlichen Aspekten sinnvoll sei. Es gebe mit Sicherheit Ratsmitglieder, welche nicht übertragen werden wollen. Da müsste überlegt werden, ob es handzuhaben sei die Kamera und das Mikrofon zwischendurch auszuschalten.

Herr Röhr äußert, dass die Fraktion Freie Wählergemeinschaft noch kein abschließendes Meinungsbild hierzu habe. Allerdings sei es sehr wichtig hier an die Aspekte des Datenschutzes zu denken, da es auch sachkundige Bürger gebe, die eventuell nicht gezeigt werden möchten. Er sei eher dafür, dass man das Ratsinformationssystem für Bürgerinnen und Bürger ausweitere.

Herr Waldschmidt schlägt vor, dass man zusätzlich die Erfahrung von anderen Kommunen einholen könne.

Herr Schade äußert, dass der Antrag der BÜRGERPARTEI GL nicht ganz widerspruchsfrei sei. In der Überschrift sei die Rede von der Übertragung der Ratssitzung im Livestream, aber im Antrag selber sei die Rede von einer Aufzeichnung und Archivierung der Ratssitzung. Eine Aufzeichnung und Archivierung würde in die Persönlichkeitsrechte der einzelnen Ratsmitglieder eingreifen. Deshalb sollte entschieden werden, ob die Ratssitzung live übertragen werde und auch bedacht werden, was geschehe falls jemand die Übertragung mitschneide. Die Stadt Bergisch Gladbach wäre dann möglicherweise verpflichtet gegen solche Mitschnitte vorzugehen. Er fordere die anderen Fraktionen dazu auf nochmals zu überdenken in welcher Form die Umsetzung gewünscht sei.

Frau Mehls führt an, dass es mittlerweile möglich sei über bestimmte Programme Sprachmanipulationen durchzuführen. Daher wäre hier die Frage, wie man Ratsmitglieder vor derartigen Manipulationen schützen könne.

Herr Ruhe führt an, dass er sich für die Wortbeiträge bedanke, da hier alle Bedenken der Verwaltung bereits aufgegriffen worden seien. Der Vorschlag, dass eine Webcam installiert werde und daraufhin die Sitzung übertragen werde sei nicht möglich. Man bräuchte eine bearbeitete Version der Aufzeichnung, welche vermutlich durch ein externes Unternehmen zugeschnitten werden müsste. Zudem benötige man von jedem Ratsmitglied die schriftliche Zustimmung über die Veröffentlichung der Aufnahme und dessen Archivierung. Für den Sitzungsablauf bedeute der Mitschnitt, dass Wortmeldungen vom Sitzplatz aus nicht mehr möglich sein werden. Es müsse zwangsläufig ein Stehpult mit Mikrofon aufgestellt werden, damit dann jedes Ratsmitglied entscheiden könne, ob der Wortbeitrag mitgeschnitten werde. Man müsse hinterfragen, ob die Übertragung im Livestream sinnvoll sei, wenn ein Teil der Ratsmitglieder der Zustimmung zur

Aufnahme widersprechen würden. Problematisch sei es außerdem, wenn einzelne Ratsmitglieder der Aufnahme im Nachhinein widersprechen wollen würden, denn dann müsste Personal damit beauftragt werden jede Aufnahme in der dieses Ratsmitglied zu sehen sei herauszufiltern. Er bitte die Ratsmitglieder darum, diese Hinweise zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Stein führt an, man werde mit dieser politischen Entscheidung so verfahren, wie es zu Beginn vorgeschlagen worden sei.

Herr Krell betont, dass er der Auffassung sei die Ratsmitglieder seien intelligent genug um sich über die Konsequenzen der Aufzeichnung bewusst zu sein. Er persönlich könne sehr gut damit leben, dass diese Mitschnitte nach Veröffentlichung nicht wieder aus der Welt geschaffen werden könnten. Man sollte hier keine Ängste über Digitalisierung schüren. Die Abfrage zu der Übertragung im Livestream sollte gestartet werden, um dadurch zu erfahren wie viele sich dafür und dagegen aussprechen würden.

Herr Stein führt an, man sollte dieses Thema in aller Ruhe diskutieren. Die Verwaltung werde den Antrag dann unaufgefordert wieder auf die Tagesordnung setzen.

Herr Buchen führt an, er halte es für sinnvoll, dass im Bergisch Gladbacher Rat nicht immer Redner der Fraktionen spreche, sondern jedes Ratsmitglied selber. Er rege an, dass überlegt werde ob es eine Möglichkeit gebe, dass trotz einer Aufnahme weiterhin vom Sitzplatz aus gesprochen werden könne.

Herr Samirae führt an, dass dem Antrag der BÜRGERPARTEI GL Screenshots angefügt seien, welche darstellen, dass keiner außer der Bürgermeister vom Rednerpult aus spreche. Dies zeige, dass es für Herrn Buchens Anregung auch entsprechende Lösungen geben würde.

Im Hauptausschuss besteht Einvernehmen darüber wie folgt zu verfahren:

Der Antrag der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 07.11.2020 (eingegangen am 09.11.2020) „Übertragung der Ratssitzungen im Livestream“ wird vertagt. Die Fraktionen holen aktuelle Meinungsbilder der ihnen angehörenden Ratsmitglieder ein und übermitteln sie dem Ratsbüro, das die Meinungsbilder zusammenstellen und dem Hauptausschuss sowie dem Rat vorlegen wird.

8.2. Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 24.11.2020 (eingegangen am 25.11.2020): "Antrag für die digitale Ratsarbeit"
0542/2020

Herr Außendorf äußert bezüglich des Beschlussvorschlages, dass dieser Antrag nicht auf den nächsten Sitzungsturnus vertagt werden solle. Seiner Fraktion sei es sehr wichtig, dass man in diesem Thema zeitnah weiterkomme. Es spreche seiner Ansicht nach nichts dagegen den Antrag in der heutigen Sitzung zu beschließen.

Herr Stein äußert, dass er etwas falsch verstanden habe. Er schlägt dahingehend vor jetzt in die Diskussion des Antrages einzusteigen.

Herr Buchen führt an, dass das Ziel des Antrages das richtige sei, aber der Weg vielleicht der falsche wäre. Das Problem sei, dass man nicht nur ein Endgerät benötige um digital zu arbeiten, sondern es müssten zunächst einige Fragen geklärt werden. Die Ratsmitglieder müssten für die digitale Ratsarbeit Unterstützung erhalten. Außerdem müsse man darüber nachdenken, ob auch die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger ein Endgerät zur Verfügung gestellt bekommen würden und was geschehe falls ein solches frühzeitig nicht mehr funktioniere. Zudem gebe es auch Ratsmitglieder, welche den Zuschuss zum Endgerät nicht benötigen würden und bereits eines hätten. Er wünsche sich eine entsprechende Entscheidungsvorlage von der Verwaltung in welcher diese Fragen geklärt würden.

Herr Außendorf erläutert, dass man eine gewisse Infrastruktur schaffe sei Voraussetzung für diesen Antrag. Bei dem Thema des Zuschusses sollte man einen unbürokratischen Weg gehen und jeder sollte die Möglichkeit bekommen sich das Endgerät selbst auszusuchen. Zudem stelle der Zuschuss auch eine gewisse Motivation für die digitale Ratsarbeit dar. Es gebe übrigens einige Ratsmitglieder, welche schon länger mit der App Mandatos arbeiten würden und somit in den Prozess der Digitalisierung schon eingestiegen seien. Für die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger müssten die Fraktionen intern Lösungen zur Bereitstellung der Endgeräte schaffen.

Herr Waldschmidt gehe davon aus, dass fraktionsübergreifend in die digitale Ratsarbeit eingestiegen werde. Er schlage vor, dass man in der heutigen Sitzung über einen Grundsatzbeschluss abstimme und im nächsten Sitzungsturnus sollten dann Details vorgelegt werden.

Herr Dr. Bacmeister äußert, dass man die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger bewusst außen vorlassen sollte, da sich die Zugangsdaten derer permanent ändern würden. Deshalb sollte man zunächst eine stimmige Lösung nur mit den Ratsmitgliedern schaffen.

Herr Dr. Metten befürwortet Herrn Waldschmidts Vorschlag. Allerdings sei die CDU-Fraktion der Auffassung, dass die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger mehr mit einbezogen werden müssten. Es sollte keine Ungleichbehandlung innerhalb der Fraktionen geben und es gebe durchaus Mitglieder der Fraktionen, die sich ein solches Endgerät ohne Zuschuss nicht leisten könnten.

Herr Buchen äußert, dass die Detailfragen im nächsten Sitzungsturnus in einer entsprechenden Vorlage beantwortet werden sollten. Er weist daraufhin, dass solche Projekte der Digitalisierung eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen würden. Aber der Grundsatzbeschluss zur digitalen Rats- und Ausschussarbeit könne in der heutigen Sitzung gefasst werden.

Herr Außendorf führt an, dass die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich mit einbezogen werden müssten. Den Grundsatzbeschluss könne man heute so treffen, aber dann sollte die Zeit bis März genutzt werden um bereits Konzepte zu erarbeiten.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Hauptausschuss beschließt die Einführung der digitalen Ratsarbeit und beauftragt die Verwaltung bis zum nächsten Sitzungsturnus einen konkreten Vorschlag vorzulegen.

9. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es liegen keine Anfragen der Ausschussmitglieder im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

Herr Stein schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.43 Uhr.

gez.
Frank Stein
Bürgermeister

gez.
Saskia Anger
Schriftführung